

(Cyber)Mobbing unter Kindern und Jugendlichen

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben zu einer erhöhten Mediennutzung bei Kindern und Jugendlichen geführt. Dies beeinflusst u.a. das Risiko für (Cyber)Mobbing unter jungen Menschen.

Grenzverletzendes Verhalten im Allgemeinen und Gewalterfahrungen im Besonderen gefährden die psychosoziale Entwicklung von jungen Menschen, unabhängig davon, ob sie selbst Gewalt erleiden, diese ausüben oder indirekt davon betroffen sind. Um in Schulen, Einrichtungen der Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendhilfe ein tragfähiges Schutzkonzept zum Umgang mit Grenzverletzungen und (Cyber)Mobbing umzusetzen, werden personelle und finanzielle Ressourcen benötigt. Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte brauchen Fortbildungen und Strukturen, um ihr Wissen umzusetzen.

Welche Maßnahmen halten Sie für notwendig, um das Risiko für (Cyber)Mobbing unter jungen Menschen zu verringern?

CDU / CSU: Soziale Netzwerke wie Facebook, Instagram oder TikTok senken die Hemmschwelle, Mitschülerinnen und Mitschüler herabzuwürdigen oder zu bedrohen. Aufgabe von Schule, Eltern und Gesellschaft ist es, aktiv gegen diese Formen des Cybermobbings vorzugehen.

Mit dem modernisierten Jugendschutzgesetz vom 1.4.2021 sollen Kinder bei ihren Aktivitäten im Internet insbesondere auch vor Cybermobbing geschützt werden. Konkret werden Plattformen mit mehr als einer Million Nutzer in Deutschland dazu verpflichtet, Voreinstellungen vorzunehmen, die Kinder vor Kostenfallen oder der Ansprache durch Fremde schützen. Weiter werden sie verpflichtet, Hilfs- und Beschwerdemöglichkeiten für Kinder und Eltern anzubieten. Außerdem müssen die Plattformen Ansprechpartner für die deutschen Behörden bestimmen.

SPD: Der neue Kinder- und Jugendmedienschutz hilft dabei, geltendes Recht durchzusetzen. Anbieter werden verpflichtet, Kinder und Jugendliche entsprechend zu schützen. Die Neuregelungen beziehen sich auf besseren Schutz, Orientierung und Rechtsdurchsetzung. Sie nehmen die relevanten Internetdienste in die Pflicht, die angemessene und wirksame strukturelle Vorsorgemaßnahmen treffen müssen.

Wir werden Präventionsketten und Netzwerke für Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen schaffen, in denen Jugendhilfe und Gesundheitsdienst, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, öffentliche und freie Träger, Sportvereine und Verbände, Polizei und Familiengerichte auf kommunaler Ebene verbindlich zusammenwirken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mobbing braucht Aufmerksamkeit: Lehrer/-innen, Betreuer/-innen oder sonstige Erziehungsberechtigte dürfen nicht wegschauen und müssen Betroffenen sensibel helfen. Schulen müssen durch unterstützende Rahmenbedingungen gestärkt werden, etwa durch Fortbildungsangebote für Lehrkräfte oder mehr Unterstützung durch Schulsozialarbeit. Im Bereich des Cybermobbings setzen wir GRÜNE auch darauf, die Anbieter stärker in die Verantwortung zu nehmen. Sie müssen angemessene Vorsorgemaßnahmen ergreifen, also insbesondere kindgerechte Melde- und Hilfsangebote bereitstellen. Und im Übrigen für sicherere Voreinstellungen sorgen (safety

by design), sodass beispielsweise das Alter von Minderjährigen in Chats für unbekannte Gesprächspartner/-innen nicht sichtbar ist.

DIE LINKE: Zur Reduktion des Risikos von (Cyber)Mobbing unter jungen Menschen sind nach unserer Auffassung vor allem zwei Aspekte von Relevanz: 1. Aufklärung und Bildung im Sinne des erzieherischen Jugendschutzes vor allem in Schule sowie der Kinder und Jugendhilfe und hier insbesondere in der Förderung sowie Kinder- und Jugendarbeit. 2. Im Rahmen einer guten und erreichbaren sozialen Infrastruktur auch im Sinne des strukturellen Jugendschutzes Anlaufstellen/ Ansprechpartner/-innen vorzuhalten. Als LINKE werden wir uns weiterhin für eine bessere Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe wie auch Schule und eine Stärkung des Kinder- und Jugendschutzes einsetzen.

FDP: Um mit Desinformation, Hatespeech, Cybermobbing, Datenschutz und Online-Sucht richtig und autonom umgehen zu können, müssen die digitalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler gefördert werden. Deshalb fordern wir Freie Demokraten die bundesweite Einführung der Schulfächer Wirtschaft und Informatik. An deutschen Schulen werden sie noch immer nicht ausreichend angeboten, obwohl sie heutzutage wie Rechnen, Lesen und Schreiben zum Basiswissen gehören sollten. Wir setzen uns zudem für die Schaffung einer Bundeszentrale für digitale Bildung ein. Diese soll in drei Säulen Aufgaben der Koordination, Qualitätssicherung und Vermittlung digitaler Bildung in Deutschland übernehmen. Die erste Säule stellt Informationen, Materialien und Kurse bereit, um bei Menschen aller Altersklassen das Verständnis über die Grundlagen der Digitalisierung, aktuelle technische Entwicklungen und gesellschaftliche Debatten zu fördern, damit sie als aufgeklärte und verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger in einer digitalisierten Welt agieren können. Dabei sollen insbesondere Themen wie Desinformation, IT-Sicherheit, Datenschutz und künstliche Intelligenz, aber auch Hatespeech, Cybermobbing und Online-Sucht abgedeckt werden. Die zweite Säule ist die Beurteilung und Zertifizierung von digitalen Lehr- und Lernmitteln hinsichtlich rechtlicher und pädagogischer Mindeststandards. Die dritte Säule befasst sich mit der digitalen Transformation des Bildungswesens und hierbei konkret mit digitaler Didaktik und der Aus- sowie Fortbildung von Lehrenden aller Bildungsinstitutionen zur Implementierung digitaler Lernstrategien.